

Prager Resolution

Die Teilnehmerinnen der 6. Sommerakademie von 8. – 14. 7.2012 zum Thema „Europa auf dem Weg in den sozialen Kollaps?! Finanzmärkte – Armut – Partizipation“ haben sich unter anderem ausführlich mit der von der EU-Kommission erarbeiteten Europastrategie 2020 auseinandergesetzt.

Wir sind der Meinung, dass die Europa Strategie 2020 gute Ansätze zur Bewältigung der aus der Krise hervorgegangenen Problembereiche beinhaltet. Grundsätzlich wird festgestellt, dass die positiven Ansätze im Neoliberalismus nicht umsetzbar sind: Ziele und Mittel widersprechen einander.

Die Politik darf nicht länger HandlangerIn der Wirtschaft und Finanzmärkte sein, sondern die Wirtschaft muss entsprechend dem Werteverständnis der christlichen Soziallehre den Menschen dienen. Mensch und Arbeit stehen vor dem Kapital. Dies gilt für alle. Im Besonderen muss jungen Menschen eine kostenlose Ausbildung als Grundlage zur Existenzsicherung gewährleistet sein.

Die Privatisierung des Sozialstaates lehnen wir ab; sie ist einer der Gründe warum die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Unsere politischen Forderungen:

- Regulierung der Finanzmärkte
- Steuerreformen (u.a. Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuern, Änderung der Unternehmensbesteuerung, Angleichung der nationalen Steuern)
- Sozialstaat erhalten und ausbauen (Solidarität & sozial gerechte Umverteilung)
- Gerechter Lohn und gute Arbeit
- Öffentliche Güter in der Hand der BürgerInnen

Um diese Forderungen durchsetzen zu können, bedarf es nationaler und internationaler Netzwerke um die Ohnmacht gegenüber Mächtigen und EntscheidungsträgerInnen zu unterbinden.

Wir sehen unsere demokratischen Grundwerte in der bisherigen Arbeitsweise der europäischen Kommission extrem gefährdet. Der Fiskalpakt ist ein deutliches Zeichen dafür.

Wir stehen für ein anderes Europa, für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Mitbestimmung.

Prag, 13. Juni 2012